



**Bürgerinitiative
Fracking freies Hessen**

Bürgerinitiative Fracking freies Hessen - Hr. Steindamm - Motzstr. 5 - 34117 Kassel

Hr. Steindamm
Motzstr. 5
34117 Kassel
Deutschland

Email: stop-fracking@gmx.de
Internet: <http://www.frackingfreieshessen.de/>

Bankverbindung:
Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie
Stichwort „Fracking freies Hessen“
Kto. 1196117
BLZ 52050353
Kasseler Sparkasse

Frau Ministerin Priska Hinz
- HMUKLV -
Georg-August-Zinn-Straße 1
65183 Wiesbaden

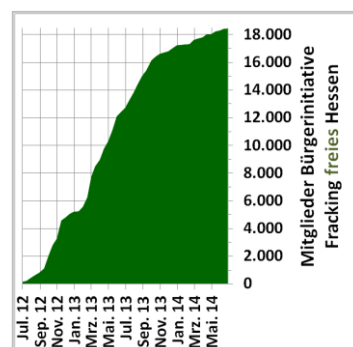
Projekt
generelles Fracking-Verbot

Ansprechpartner
Tim Steindamm

Unser Zeichen
tst

Datum
21.07.2014

**Generelles Fracking-Verbot in Hessen und anderswo
Unser Schreiben vom 28.06.2014
Bundesrat Drucksache 281/14
Ihre Pressemitteilung vom 11.07.2014**



Sehr geehrte Frau Ministerin Hinz,

zu unserem Schreiben vom 28.06.2014 haben wir von Ihnen bis heute noch keine Antwort erhalten.

Allerdings haben Sie sich mittlerweile unter Bezug auf die o. a. Bundesrat Drucksache über eine Pressemitteilung (PM) vom 11.07.2014 zu dem Thema Fracking geäußert.

In der PM heißt es: „Für die Bürgerinnen und Bürger ist es nicht nachvollziehbar, warum Fracking in bestimmten Gebieten und Tiefen auch weiterhin erlaubt bleiben soll.“

In diesem Punkt stimmen wir Ihnen uneingeschränkt zu.

Dann behaupten Sie in der PM: „Wir setzen uns für ein flächendeckendes Verbot von Fracking ein.“

Diese Ihre Behauptung ist schlichtweg unzutreffend. Die Forderung eines flächendeckenden Verbots von Fracking ist in dem von Hessen, Schleswig-Holstein und Baden Württemberg gestellten Antrag - für jedermann nachlesbar - nicht enthalten.

In dem Antrag geht es im Abschnitt a) - wie bisher - lediglich um ein Verbot von Fracking zur Aufsuchung und Förderung von Kohlenwasserstoffen aus unkonventionellen Lagerstätten unter Einsatz umwelttoxischer Substanzen.

Auf genau diese ebenso altbekannte wie unzureichende Forderung - die insbesondere von den GRÜNEN propagiert wird - sind wir in unserem o. a. Schreiben unter Punkt 3 eingegangen.

Sie führen die Bürgerinnen und Bürger in die Irre, wenn Sie behaupten, dass Sie sich für ein flächendeckendes Verbot von Fracking einsetzen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat in einer PM vom 10.07.2014 den von Hessen mitgetragenen Bundesratsantrag deshalb zutreffend als „Mogelpackung“ deklariert.



Selbst Ihre unzureichende Forderung wird jetzt sogar noch weiter ausgehebelt. Unter Beteiligung Ihres Amtskollegen aus Niedersachsen wird derzeit im Interesse von ExxonMobil und Co. der Begriff der „unkonventionellen“ Lagerstätten neu definiert.

Angesichts der in Ihrer PM in zutreffender Weise genannten Gründe, die gegen Fracking sprechen, ist es in der Tat nicht nachvollziehbar, warum Sie sich nicht für ein echtes flächendeckendes Verbot einsetzen wollen.

Wir wären Ihnen deshalb sehr verbunden, wenn Sie nunmehr unser o. a. Schreiben beantworten würden.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiativen:

Fracking freies Hessen

lebenswertes Korbach e.V.

gez. Henner Gröschner, Tim Steindamm,
Andy Gheorghiu

gez. Harald Rücker